

## Die langgezogene Rezession

### Protektionismusgefahr und Ausweg

---

Dr. Karl Kühne, geboren 1917 in Bremerhaven, war bis 1959 Leiter der Verkehrswissenschaftlichen Abteilung beim Hauptvorstand der ÖTV! Er war von 1959 bis Mitte 1982 bei der Europäischen Kommission in Brüssel tätig. Karl Kühne ist langjähriger Mitarbeiter dieser Zeitschrift.

In seinem Jahresgutachten vom 25. November 1980 hatte der bundesdeutsche Sachverständigenrat die sogenannte „Dellentheorie“ verfochten, wonach überhaupt keine Rezession zu erwarten sei. Für 1981 sah man den Aufschwung kommen, und sogar in seinem Sondergutachten vom 7. Juli 1981 glaubte der Rat noch daran. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß gegenüber 1981, das Nullwachstum brachte, 1982 das eigentliche Rezessionsjahr für die Bundesrepublik geworden ist, mit einem Rückgang des Bruttosozialprodukts um 0,5%, wie dies die Europäische Kommission in ihrer Jahreswirtschaftsübersicht vom 15. Oktober 1982 bescheinigt. Dies Ergebnis ist um so schlimmer, als für die Gesamtgemeinschaft 1981 mit einem Rückgang des Gesamtsozialprodukts um 0,6% das eigentliche Rezessionsjahr war; 1982 ist in der Mehrzahl der Länder sogar schon eine Erholung festzustellen. Die Bundesrepublik wurde somit zum Herd für neue Abstiegskräfte, worin ihr die Beneluxländer mit dem ebenso scharfen Absinken des Sozialprodukts in diesem Jahre folgten. Es bleibt noch dahingestellt, ob die von der Kommission für 1983 erwartete schwache Erholung, bei der die Bundesrepublik mit +1% noch unter dem EWG-Durchschnitt von 1,1 % bleiben soll und sogar von Großbritannien mit 1,7% überholt würde, wirklich Gestalt annimmt, zumal die Rezession in Holland weitergeht. Wahrscheinlich bleibt, daß gegenüber der schärferen, dafür aber auf andert-halb Jahre beschränkten Rezession von 1974/75 dieser Abschwung wieder in einen blutarmen Aufschwung ausläuft, ohne daß es jedoch zu einem Zwischenhoch wie 1976 kommt. Tatsache ist, daß an die Stelle des Vertrauens auf eine „robuste“ Investitionskonjunktur, die der Rat und Graf Lambsdorff noch 1981 über den grünen Klee lobten, inzwischen der Schrei nach Investitionsförderung getreten ist, für die sich die Gesamtbevölkerung, allen voran die Ärmsten, den Gürtel enger schnaller sollen.

Bei der Frage nach den Ursachen für diese Entwicklung wird es allmählich lächerlich, auf den zweiten Ölschock hinzuweisen - schon seit langem sind die

realen Erdölpreise rückläufig, und seit über einem Jahre auch die nominalen De-facto-Preise. Man macht es sich auch zu einfach, wenn man die Schuld einseitig der restriktiven Geldmengen- bzw. Zinshochhaltungspolitik der Zentralbanken zuschiebt: Diese konnten teils wegen der Inflation (in Süd- und Westeuropa), teils wegen der damit verbundenen Zahlungsbilanzdefizite, teils wegen der durch das Zinsgefälle nach den USA hin bedingten Kapitalabstromtendenz wohl kaum sehr viel anders handeln (zumal keine Regierung ihnen einen Freibrief für freies Floatenlassen mit steiler Abwertung gegenüber dem Dollar geben wollte) - es sei denn, man hätte den großen Sprung einer Abdrosselung des freien Kapitalverkehrs wagen wollen, den die Franzosen in Ansätzen versuchten und den in den USA Tobin empfahl. Vielmehr dürfte die eigentliche Ursache für die langanhaltende Rezession darin liegen, daß sie nicht nur langgezogen *ist*, sondern langgezogen *wurde*- von den Regierungen, die einem antifiskalistischen Aberglauben zum Opfer fielen und dann obendrein noch (ganz gleich, von welcher Couleur sie waren) abgewählt wurden, rechte Regierungen in Südeuropa und Schweden, halblinke oder linke in der Bundesrepublik, den Beneluxländern und Dänemark.

Hier sei das brutale Urteil eines neoklassischen australischen Ökonomen zitiert: „Unglücklicherweise redete man in der populären Diskussion dauernd über *nominale* Haushaltsdefizite als Meßlatte für die Kreditaufnahme der Regierungen (und es fehlte an einem auch nur annähernd gleichen Grad an Publizierung von Schätzungen über die *realen* Veränderungen der Staatsschulden), und das löste in weiten Kreisen den Eindruck aus, die Haushaltspolitik sei sehr ‚expansiv‘ gewesen - während in Wirklichkeit das reale Nettoniveau der staatlichen Kreditaufnahme sehr viel niedriger war, als es nach den bloßen Ziffern der Nominalhaushaltsdefizite aussehen mochte - und in manchen Ländern war die reale Nettokreditaufnahme sogar negativ, vor allem dann, wenn man den Haushalt nach zyklischen Faktoren berichtet. Das bedeutete, daß in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre und in den frühen achtziger Jahren die Haushaltspolitik der Regierungen generell stark deflationär gewesen ist.“<sup>1</sup>

#### Das Bild der Rezession in den westlichen Industrieländern

Auf jeden Fall wird man sich nun auch allmählich in den Reihen der neoklassischen Ökonomen wieder der Tatsache bewußt, daß noch für ihren Doyen, Alfred Marshall, bereits lange vor der Jahrhundertwende die Konjunkturanalyse das selbstverständliche Gegenstück zur theoretischen Betrachtung der modernen Wirtschaft darstellte; sie war vor lauter Wachstumsmodellen in der Euphorie der fünfziger und sechziger Jahre zu kurz gekommen. Nun

---

<sup>1</sup> J. O. N. Perkins, *Unemployment, Inflation and New Macroeconomic Policy*, London 1982, S. 85

wird uns die Notwendigkeit zur Konjunkturtheorie und -politik mit Hammer-schlägen eingebläut.

Eine nüchterne Konjunkturbetrachtung ergibt im Spätherbst 1982 folgendes Bild:<sup>2</sup> Die Industrieproduktion lag in den USA um 8,4%, in der europäischen Gemeinschaft um 2%, in der Bundesrepublik um 3,2%, in Italien und Dänemark gar um 4,5 % unter dem Niveau von vor Jahresfrist. Dabei ist für die Bundesrepublik zu bedenken, daß sie bereits 1980 um 0,8% und 1981 um 1,4% hinter dem jeweiligen Vorjahresniveau zurückgeblieben war. Die Rezession in der Bundesrepublik kommt mit einem Rückgang der Industrieproduktion über drei Jahre von über 5% also durchaus an die Dimensionen der Rezession von 1975 heran; in diesem Jahr war die Industrieproduktion um 6,2% zurückgegangen, ein Jahr zuvor um 1,1%. Für die USA brachte 1982 sogar einen tieferen Einbruch der Industrieproduktion als 1975; damals waren es dort nur 8,2%, heute sind es 8,4%. Nimmt man allerdings 1974 und 1975 zusammen, ist der Einbruch bei der Industrieproduktion der USA damals schärfer gewesen. Nur ist zu bedenken, daß schon die Carter-Rezession 1980 einen Rückgang der US-Industrieproduktion von 3,6 % gebracht hatte. Reagan hat 1981 nicht einmal erreicht, daß die damalige Schrumpfung wieder aufgeholt wurde, denn 1981 brachte nur einen Anstieg um 2,7%, bis dann eine Zweitrezession einsetzte, die eindeutig durch seine Politik der Haushaltsdrosselung plus monetaristische Geldpolitik provoziert war. Damit wurde zwar die Inflationsrate kurzfristig mit 5,9% unter das schon einmal von Carter 1977 erreichte Niveau von 6,5% gedrückt - aber damals hatten die USA nur 7% Arbeitslose, wobei Carter diese Quote bis 1979 auf 5,8% senken konnte. Heute wird die Inflationsreduzierung auf das damalige Niveau mit 10% Arbeitslosen und blanker Not unter vielen Armen Amerikas (durch Kürzungen der Sozialleistungen) erkaufte. Dafür haben Steuersenkungen größten Stils, die konjunkturell bisher nicht zündeten, neben einer erheblichen Aufrüstung ein Haushaltsdefizit für 1983 von 155 Mrd. Dollar gebracht, und für 1985 wird mit 230 Mrd. gerechnet. Wenn diese Summe auf 100 Mrd. gedrückt werden soll, ohne daß man die Rüstung antastet, so müßten nach Aussage der Direktorin des Haushaltsbüros des Kongresses, Alice Rivlin, alle anderen Ausgaben um ein Viertel gekürzt werden. Die Frage kann einstweilen dahingestellt bleiben, ob, wie und wann dieser rüstungsbedingte Teilkeynesianismus wider Willen, den die „Angebotspolitik“ Reagans enthält - im Gegensatz etwa zum lupenreinen Monetarismus einer Margaret Thatcher -, dazu verhilft, daß die westliche Welt aus der Talsohle herausklimmt. Das wird um so länger dauern, als selbst die Industrieproduktion Japans beim Nullwachstum angelangt ist. Einstweilen ist festzuhalten, daß gegenüber dem Vorjahre die Arbeitslosigkeit in der EWG um ein Fünftel stieg.

---

<sup>2</sup> S. dazu den Jahreswirtschaftsbericht und die Jahreswirtschaftsübersicht der EWG-Kommission vom 21. bzw. 15. 10. 1982 (Dokumente COM (82) 677 und 11/340/82 Rev. 1)

Diese hohe Arbeitslosigkeit brachte 1982 nur eine geringfügige Senkung des Inflationsdurchschnitts der Gemeinschaft von 11,8% (1981) auf 10,5%. Auch von einer „robusten“ Investitionssituation kann schon lange nicht mehr die Rede sein. 1981 gingen die Bruttoanlageinvestitionen in der Bundesrepublik um 3,8% zurück, gegen 2,8% in Frankreich und nur 0,2% in Italien - bei allerdings 7,9% Rückgang in Großbritannien.

Man hat in letzter Zeit viel dahergemacht mit der These, der private Konsum (dabei sind natürlich vor allem Löhne und Renten gemeint) müsse gedrosselt werden, damit die Investitionen angehoben und Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Nun gut: 1975 kam es nur in Irland zu einem größeren Einbruch (-4,6%) beim privaten Konsum, in Italien (-1,4%) und Großbritannien (-0,6%) zu schwachen Rückgängen. Überall sonst in der EWG wuchs der private Konsum mitten in der Rezession und wurde somit zu einer wichtigen Konjunkturstütze: in Frankreich, Dänemark und den Niederlanden um 3,2%, in der Bundesrepublik und Dänemark gar um 3,7%. Trotzdem oder gerade deshalb erholten sich die Bruttoanlageinvestitionen prompt in allen Ländern außer in den Niederlanden und in Luxemburg 1976.

Diesmal ist der private Verbrauch - wie gewünscht - in der Bundesrepublik 1981 und 1982 um insgesamt 2,7%, in Belgien um 3,9%, in den Niederlanden um 4,7% abgesackt und erlebte in Dänemark Nullwachstum. Das Ergebnis war, daß die Bruttoanlageinvestitionen in den beiden Jahren nicht nur nicht stiegen, sondern in der Bundesrepublik um 10 %, in den Niederlanden um rund 15 % und in Belgien wie Dänemark gar um rund ein Fünftel zurückgingen. Eine bessere Widerlegung dieser These von der notwendigen gegenläufigen Bewegung von Konsum und Investitionen läßt sich kaum finden. Bei Konsumschrumpfung investieren die Unternehmer eben nicht mehr, sondern eher weniger - Investitionsanreize allein nützen nichts, wenn das Gesamtklima auf Schrumpfung eingestellt ist. Diese Feststellung kann man treffen, ohne deshalb einer einseitigen Unterkonsumtionstheorie in der Ursachendiagnose anhängen zu wollen.

**Außenwirtschaftliches Gleichgewicht - wiederhergestellt in der Bundesrepublik, weiterhin gestört in der übrigen EWG**

Mit der Binnenkonjunkturschwäche Hand in Hand ging 1981 eine Schrumpfung oder Stagnation des Volumens der Importe in fast allen EWG-Ländern, die allerdings 1982 einer schüchternen Erholung Platz zu machen scheint. Dafür erwies sich der Umfang der Exporte in den meisten Ländern als ausgesprochene Konjunkturstütze: Sie schrumpften nur in Großbritannien sowie 1981 in Luxemburg und 1982 in Frankreich. In der Bundesrepublik nah-

men sie 1981 um volle 8,1% zu, 1982 allerdings nur noch um 3,8%, und erst für das nächste Jahr sollen die Aussichten mit nur 2,9% schlechter sein. Das ist der beste Beweis dafür, daß die Rezession hausgemacht ist.

Man könnte versucht sein, aus der relativ günstigen Exportkonjunktur zu folgern, daß damit dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht näherzukommen wäre; indessen gilt dies nur für die Bundesrepublik, deren Leistungsbilanz 1982 wieder ausgeglichen ist, bei relativ geringer Importzunahme (+0,5%) und zwar nachlassender, aber doch noch relativ guter Exportsteigerung (+3,8) und für die Niederlande, hier allerdings hauptsächlich wegen starken Importrückgangs 1981. Großbritannien hatte nun schon seit drei Jahren dank eigenen Erdöls und drastischer Deflationspolitik einen Leistungsbilanzüberschuß, trotz schwacher Exportentwicklung.

Erheblich vergrößert hat sich das Leistungsbilanzdefizit 1981/82 im Falle Frankreichs (von 10,3 Mrd. Europäische Rechnungseinheiten auf 14 Mrd.), aber auch in Dänemark (von 1,7 auf 2,3). Hoch ist es in Italien (4,6) und Belgien/Luxemburg (3,5), allerdings in beiden Fällen um über ein Drittel bzw. ein Viertel niedriger als im Vorjahr, ferner in Irland, wo es mit 1,7 Mrd. nur um 15% unter dem Vorjahrsniveau blieb. In Irland macht dies Außendefizit horrend 9% des Bruttosozialprodukts aus, in Dänemark und Belgien 4%, in Griechenland und Frankreich rund 2,5%.

Die absolute Höhe des Defizits in Frankreich, gekoppelt mit dem Versuch zur Reflation im Alleingang, hat den in diesem Lande seit jeher stärker als anderswo herrschenden protektionistischen Tendenzen neuen Auftrieb gegeben. Allerdings trifft das mit ähnlichen Neigungen in weiten Teilen der Welt zusammen, die USA und Japan nicht ausgenommen. Es gibt ernsthafte Argumente, die dafür sprechen, daß ein Großteil des Welthandels eben längst wieder dem freien Markt entzogen ist und teils über multinationale Unternehmen, teils durch Abkommen aller Art einer weitgehenden Lenkung unterliegt.

### Das Problem des Protektionismus

Das Protektionismusproblem hat mindestens vier Hauptaspekte: Da sind zunächst die Anlässe für protektionistische Tendenzen. Zweitens stellt sich die Frage nach den Methoden des Protektionismus. Drittens ist festzustellen, welche Auswirkungen der Protektionismus zeitigt. Viertens endlich stellt sich das Grundsatzproblem: Was passiert, wenn die Dinge ohne protektionistische Tendenzen weiterlaufen? Welche weltwirtschaftlichen Wirkungen muß eine Protektionismuswelle haben, und wie wirkt sich das für die Länder aus, die den Protektionismus praktizieren? Endlich: Welches sind die Alternativen?

Unmittelbarer Anlaß für protektionistische Tendenzen ist weniger die landläufig angenommene Tatsache, daß Entwicklungsländer niedrige Löhne haben - das geht meist mit entsprechend niedriger Produktivität Hand in Hand. Diese kann allerdings vor allem durch Kapitaleinsatz gehoben werden, und dazu ist es nicht nur in Japan, sondern vor allem in den sogenannten „Schwellenländern“ oder "NICS" ("Newly Industrialized Countries") gekommen. Zu diesen rechnet man gemeinhin außer den Beitrittsländern Südeuropas (Griechenland, Portugal, Spanien) in Europa noch Jugoslawien, das nicht als „Staatshandelsland“ klassifiziert wird, in Asien Südkorea, Hongkong, Taiwan, Singapur, z.T. die Philippinen, in Südamerika Mexiko und Brasilien, z.T. Argentinien. Die Summe der Importe aus den asiatischen NICS in die EWG ist von 1972 bis 1980 in jeweiligen Preisen von 2,1 auf 15,9 Mrd. Dollar gestiegen, die der Importe von Gütern der verarbeitenden Industrie von 1,75 auf 14,4 Mrd. Dollar. Das ist grob gerechnet etwa eine Verachtfachung, während die Gesamtimporte von außerhalb der EWG im gleichen Zeitraum nicht einmal um das Vierfache zunahm. Bedenkt man, daß die durchschnittlichen Einfuhrwerte in diesem Zeitraum nicht ganz auf das Zweieinhalbfache stiegen, so bedeuten diese Ziffern, daß man bei Ausklammerung der Preissteigerungen bei den Importen aus Nicht-EWG-Ländern insgesamt etwa eine Zunahme des Volumens um zwei Drittel, dagegen bei den Importen aus den asiatischen "NICS" mehr als eine Verdreifachung erlebte. Diese überschlägige Rechnung bedarf der Korrektur, da in den Einfuhr-Durchschnittswerten die überhöhten Erdölpreise enthalten sind. Genauer läßt sich das Problem beziffern, wenn man die EWG-Importe aus asiatischen „NICS“ als Prozentsatz der Importe der OECD-Länder (also der Industriestaaten) aus der gesamten Welt ausdrückt:

Dann stieg dieser Anteil von 0,72% 1972 auf 1,2% 1980 bei den Gesamtimporten und von 0,73% 1972 auf 1,6% bei Industriegütern. Stärker zu Buche schlagen folgende Ziffern für den gleichen Zeitraum: Der Anteil stieg bei Metallprodukten von 0,61% auf 1,69%, bei Büromaschinen von 0,43 auf 2,06%, bei Holz und Möbeln von 1,69 auf 3,36%, bei elektrischem Material von 0,78 auf 3,47%, bei Textilien und Kleidung von 3,19 auf 5,67%, bei Leder und Schuhen von 2,05 auf 5,76%. (Der Anteil der EWG an OECD-Importen aus der Welt betrug 1980 53,9%.)

Es handelt sich also um eine massierte Zunahme der Importe in ganz bestimmten Branchen, konzentriert auf Feinmechanik, Möbel, Elektrotechnik, Textilien und Leder/Schuhe. Aus Südeuropa und Lateinamerika kommen vorwiegend Güter des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und Kraftfahrzeuge. Man sieht: Der ursprünglichen „Bedrohung“ durch Japan hat sich einiges zugesellt. Sie erschien allerdings seit der zweiten Ölkrise wieder akuter.

## Die Methoden des Protektionismus

Die Methoden des damit ausgelösten Protektionismus zählt der französische Ökonom Thibaut de Saint Phalle in seinem Buch „Trade, Inflation, and the Dollar“ (New York 1981) übersichtlich auf: Die Zölle spielen heute weniger eine Rolle; an ihre Stelle sind weitgehend „Nicht(zoll)tarifarisches Behinderungen“ („Nontariff Trade Barriers“) getreten: quantitative Einfuhrbeschränkungen in Form von „absoluten“, „open-ended“ und „Zoll-“Kontingenten (wobei die beiden letzteren Kategorien besonders unangenehm sind, weil man nicht sicher sein kann, ab wann das Kontingent erschöpft ist oder „Strafzollsätze“ einsetzen!), Devisenrationierung, Lizenzzwang (oft mit sanitären Vorschriften oder Kontingenten gekoppelt) usw.; Sonderabgaben (wie bei den Agrarimporten nach Europa), Grenzgebühren und Sondersteuern (auf Kraftfahrzeuge, Getränke usw.), Sondergebühren (Stempelsteuern, Konsulargebühren), überhöhte Hafengebühren; Verpflichtung zu Kautionshinterlegung vor Einfuhr bzw. Hinterlegung eines Teils des Einfuhrwertes (in unverzinsten Konten), Subventionierung der Exportindustrien oder -firmen, Sondervorschriften oder zu knappe Fristen für das öffentliche Beschaffungswesen von Behörden und öffentlichen Unternehmen, technische Vorschriften über Qualität, Zusammensetzung, Dimensionen, Leistung der Güter, Verpackung und Etikettierung, Gewichte, Maße, Behältergrößen, Ursprungsmarken und endlich Zollverfahren. (Letztes Beispiel: Die französische Regierung verfügte, daß alle importierten Video-Geräte von den Häfen ins Binnenland nach Poitiers zur Verzollung transportiert werden müssen.)

## Auswirkungen des Protektionismus

Welche Auswirkungen zeitigt nun der Protektionismus? Eine französische Studie neuesten Datums zeigt, daß die Protektion insbesondere arbeitsintensive Wirtschaftszweige schützt, ferner solche, in denen die Qualifizierung der Arbeitskräfte niedrig ist, und endlich insbesondere Kleinfirmen.<sup>3</sup> Der Autor betont, daß damit die arbeitsintensiven Branchen immer anfälliger und noch protektionsbedürftiger werden und daß man der Gefahr der Förderung einer Dequalifizierung der Arbeitskräfte durch Berufsbildung entgegenwirken müsse. Dem kann man natürlich entgegenhalten, daß die Protektion eben Arbeitsplätze erhält, in einer Zeit, in der sie überall in der Industrie abgebaut werden. Richtig ist daran zweifellos, daß beispielsweise die französische und italienische Automobilindustrie durch eine Vielfalt protektionistischer Methoden gegenüber Importen aus Japan stärker abgedeckt wurde: Diese machten in der Bundesrepublik 1980 10,3% aller neuzugelassenen Kraftfahrzeuge aus, in

---

<sup>3</sup> Patrick A. Messerlin. *Reconquête du Marché Intérieur ou Protectionnisme?*. in: Henri Bourguinat (Hrsg.). *Internationalisation et Autonomie de Décision*, Paris 1982, S. 523/524

Großbritannien 12,3%, in den Beneluxländern rund ein Viertel und in Irland und Dänemark 31 % - aber in Frankreich nur 2,9, in Italien gar nur 0,1 %. Auch die Bundesrepublik kennt zwar seit Juni 1981 eine „freiwillige Exportbeschränkung“ für japanische Autos, aber mit höheren Zuwachsraten pro Jahr als die USA und Westeuropa.

Aber schon die unmittelbaren Konsequenzen des Protektionismus müssen sich für die Wettbewerbsfähigkeit der Branchen negativ auswirken: Eine andere Studie hat gezeigt, daß der Austausch zwischen Mitgliedsstaaten, der teils den Außenzöllen, teils ihrem natürlichen Schutz durch geographische Nähe zu verdanken ist, eine Ausweitung vor allem in Produkten erfuhr, die von relativ niedrig qualifizierten Arbeitskräften (ironischerweise also vielfach ausländischen Arbeitnehmer) hergestellt werden, was zur Folge hatte, daß sich schließlich doch außergemeinschaftliche Konkurrenz unter Überspringung der Schutzmauern durchsetzte. Dagegen hielten diejenigen Gemeinschaftsfirmen, die auf dem Weltmarkt dem scharfen Wind der Konkurrenz von vornherein ausgesetzt waren und sich auf Produkte mit höherer Qualifizierung der Arbeitskräfte spezialisierten, ihren Weltmarktanteil durchaus.<sup>4</sup> So stellt denn auch die Europäische Kommission in ihrer Jahreswirtschaftsübersicht fest: „Die Ausweitung des Handels zwischen Mitgliedsstaaten hat somit die Spezialisierung in Produktkategorien gefördert, die dem internationalen Wettbewerb aus Ländern mit überreichlichem Arbeitsangebot und niedrigen Arbeitskosten stärker ausgesetzt sind, auf Kosten hochwertigerer Produkte. Diese Tendenz müßte gestoppt, wenn nicht umgekehrt werden. Das wird aber nicht gefördert durch Maßnahmen, die einen Teilschutz auf Märkten ... wie Textil und Stahl bewirken. Damit wird der Ansporn zur Anpassung der Strukturen an die Erfordernisse für Industrien der Zukunft beschränkt.“ Mit anderen Worten: Was bisher an Protektion - teils geographisch-natürlich bedingt, teils staatlicherseits - gegeben war, hat sich eher negativ ausgewirkt. Kurios ist, daß sich hier die Kommission gegen eigene Bemühungen auszusprechen scheint. Indessen kann man das Multifiberabkommen und die Maßnahmen im Stahlbereich als Übergangsregelungen zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit, sozusagen analog zu „Wiedererziehungszöllen“ auslegen. Die Frage ist nur: Wie lange soll der Übergang und die sozial notwendige Anpassung dauern, und was kommt danach?

Die Frage nach den Auswirkungen des Protektionismus überschneidet sich mit der Frage, was passiert, wenn die Dinge im Zeichen weitgehenden Freihandels so weiterlaufen wie bisher. Das Spiegelbild der ersten Frage lautet: Was wurde bisher durch den „Freihandel“, soweit er gegeben war, an Arbeitsplät-

---

<sup>4</sup> Vgl. Philippe Rollet, *Spécialisation internationale et orientation géographique du Commerce extérieur*, Lille 1981



zen zerstört - und was entstand gleichzeitig an Arbeitsplätzen, beides mit dem Blickpunkt auf die Entwicklungsländer gesehen? Eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung<sup>5</sup> kommt in dieser Frage zu folgendem Ergebnis für sechs EWG-Länder (die vier großen plus Belgien und Niederlande): „So hingen 1977 in den sechs Ländern zusammen direkt und über die Produktion der notwendigen Vorleistungen rund 3,7 Mill. Erwerbstätige von Industriegüterexporten in Entwicklungsländer ab. Demgegenüber läßt sich das ‚Beschäftigungsäquivalent‘ der Industriegüterimporte aus der Dritten Welt im selben Jahr lediglich auf 1,3 Mill. Erwerbstätige veranschlagen. Durch die Ausweitung des Handels kamen zwischen 1970 und 1977 auf jeden durch den Importanstieg überflüssig gewordenen Arbeitsplatz drei für Exporte zusätzlich benötigte Arbeitsplätze; das entspricht einem positiven Nettoeffekt von etwa 1,2 Mill. Arbeitsplätzen in den sechs EG-Ländern zusammen. Insgesamt läßt sich dem Anstieg der Importe aus Entwicklungsländern in diesem Zeitraum ein negativer Beschäftigungseffekt von 0,6 Mill. Personen zurechnen. Dies entspricht 0,6% der gesamten Beschäftigung im Jahre 1977 und macht nur einen Bruchteil derjenigen Zahl von Arbeitsplätzen aus, die infolge der Zunahme der Arbeitsproduktivität verloren gingen. Selbst in den am stärksten betroffenen Wirtschaftszweigen lag die Zahl der von der zunehmenden Konkurrenz aus der Dritten Welt betroffenen Arbeitsplätze unter dem Arbeitsplatzabbau durch technischen Fortschritt.“

Selbst wenn es also gelänge, durch protektionistische Maßnahmen sämtliche Arbeitsplätze zu erhalten, die durch Importe aus Entwicklungsländern zerstört wurden, würde das so gut wie kaum zu Buche schlagen gegenüber der Arbeitsplatzvernichtung, die laufend durch Rationalisierung vor sich geht. Man würde sich lediglich die Belieferung mit Gütern vom Halse halten, die anderswo kostengünstig hergestellt werden - man hielte also den Lebensstandard der eigenen Bevölkerung niedriger als nötig ist, und die Inflationsrate höher, und man würde mehr Arbeitsplätze in den Exportindustrien damit zerstören als bei importbedrohten gewinnen. Es ist denn wohl auch kein Zufall, daß die beiden EWG-Länder mit der geringsten Inflation und den größten Exporterfolgen, die Bundesrepublik und die Niederlande, von 1970 bis 1977 die größten sektoralen Verschiebungen zuließen.

#### Vorbehalte und Alternativen

Allerdings wird man diese grundsätzlichen Ausführungen durch eine Reihe von Überlegungen qualifizieren müssen:

---

<sup>5</sup> Dieter Schumacher, Handel mit Entwicklungsländern und Beschäftigung in der Europäischen Gemeinschaft. Berlin 1981, S. 33

Erstens gibt es zweifellos Exporte aus den „NICS“, die stark subventioniert werden oder wurden; hier stellt sich allerdings die Frage, ob es uns letztlich nützt, wenn wir durch protektionistische Maßnahmen oder gar permanente Subventionen diesem Ausverkaufswettbewerb entgegentreten, oder ob man es zuläßt, daß andere ihre Güter teilweise verschenken und auf diese Weise bei uns heimische Industrien zerstören, die wir - Beispiel Stahl - etwa aus strategischen Gründen halten wollen. Allerdings kann „Dumping“ zu späterem Monopol umschlagen. Man fürchtet letzteres z.B. bei den für die Zukunftsrationalisierung entscheidenden Mikroprozessoren, die heute zu 60% aus den USA und zu 32% aus Japan kommen.

Zweitens treffen die Freisetzungseffekte der Importe aus Entwicklungsländern zweifellos vor allem unqualifizierte Arbeitskräfte und Frauen, die in den Exportindustrien nicht wieder unterkommen, weil hier qualifizierte Kräfte nachgefragt werden. Aus sozialen Gründen könnten hier Übergangsschutzmaßnahmen notwendig sein, die man allerdings zu Umschulungs- und Qualifizierungskursen nützen muß.

Drittens ist richtig, daß Protektionismus in der einen oder anderen Form nicht nur von „NICS“, sondern auch von den USA, Japan und praktisch allen nichteuropäischen Handelsnationen praktiziert wird. Die Frage ist, ob man - wie Großbritannien über einen großen Teil des 19. Jahrhunderts hinweg - Freihandel einseitig für Europa zelebrieren soll und kann. Von ernstzunehmenden Beobachtern, so von dem Studienbüro „European Associates“<sup>6</sup>, wird diese Möglichkeit glatt bestritten: Danach besteht die Freihandelsoption für Europa überhaupt nicht, sondern nur die Wahl zwischen indirektem Protektionismus, der schließlich in der „wirtschaftlichen und politischen Balkanisierung Europas“ enden müsse, oder aber „managed free trade“ durch Überleitung zu Anpassungen unter Bedingungen, die „nicht das Gewebe des wirtschaftlichen Austausches und jahrzehntealter Verteilungsgewinne in der Gesellschaft zerstören“, unter Beachtung von „Mindestmaßen von Oligopoldisziplin in Schlüsselbereichen“ und unter Vorankündigung von „breiten Grenzen“ für ausländische Konkurrenz, damit diese sich darauf einstellen könne und nicht, wie beispielsweise Koreas Farbfernsehindustrie, von heute auf morgen durch drakonische Auferlegung von „freiwilligen Beschränkungen“ in den USA auf ein Limit einer nur noch zwanzigprozentigen Kapazitätsausnutzung zurückgezwungen werde. Dies ist ein Plädoyer für Aushandlung von Handelsbeziehungen - optimal im Rahmen einer gemeinsamen Handelspolitik? - mit Verhinderung von Subventions- und Protektionswettläufen.

---

<sup>6</sup> Studie von M. Noelke/R. Taylor/W. Hager. EEC Protectionism: Present Practice and Future Trends. Brüssel 1981, S. 45 ff

## Die Theoretiker des „gehobenen“ Protektionismusdenkens

Die Bundesrepublik ist zweifellos in erster Linie daran interessiert, daß es möglichst nicht zu größeren Störungen des Welthandels kommt: Sie hat ihren Anteil an den Gesamtexporten von Produkten der verarbeitenden Industrie im OECD-Raum bemerkenswert gut gehalten - er belief sich 1963 auf 16,3% und 1980 immer noch auf 17,2%. Im gleichen Zeitraum fiel der britische Anteil von 12,4 auf 9,3%, der der USA von 21,2 auf 16,5, während der Anteil Japans von 6,3 auf 12,4 verdoppelt wurde. Allerdings ist bedenklich, daß der deutsche Anteil gegen 1973 um anderthalb Punkte fiel, während die USA um fast einen Punkt aufholten, ebenso Italien (von 5,7 auf 6,7), und Frankreich um einen halben Punkt (von 9,1 auf 9,6%). Die beiden letztgenannten Länder haben ihre Position seit 1963 stetig verbessert; sie hatten damals nur jeweils 5 und 8,5% Anteil.

Um so verwunderlicher erscheint es, daß gerade in diesen beiden Ländern protektionistische Tendenzen im Vormarsch sind, die, wenn sie nicht gestoppt werden, früher oder später in den Binnenbereich der EWG überschwappen müssen, wie sie das beim Wein bereits spektakulär taten. Verständlich erscheint das nur, wenn man bedenkt, daß beider Länder Zahlungsbilanz, die noch 1978 Überschüsse auswies, seit 1980 defizitär war, und es auch 1982 sein wird, mit rund 2,5% des Bruttonettoprodukts - Frankreich 1980 gar mit 5,5% des BSP.

Großbritannien hat dank seinem Erdöl diese Entschuldigung nicht: Es weist seit Jahren einen Überschuß aus, der 1981 gar 2,4% des Sozialproduktes ausmachte. Aber gerade in Großbritannien herrscht die Furcht vor, daß bei einer Reflation der Konsumsog vor allem ausländischen Gütern zugutekommen würde — und daraus erklärt sich, daß Ökonomen wie Lord Kaldor und Wynne Godley, die einer Wiederbelebung der britischen Wirtschaft in Anlehnung an neokeynesianische Vorstellungen das Wort reden, gleichzeitig die Einführung von Importkontrollen fordern.

Godley, der im Ausland weniger bekannt ist, hat sein Credo wie folgt formuliert: „Ich bin ein unrenuiter Keynesianer, denn ich glaube, daß Arbeitslosigkeit und Einkommensstagnation eine direkte Konsequenz eines Mangels an effektiver Nachfrage sind, der sich mit richtig koordinierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen hätte vermeiden lassen. Aber . . . das hätte ein hohes Maß von (internationaler) ... Zusammenarbeit erfordert, ... die nicht zustande gekommen wäre.“ (Gemeint ist: vor allem nicht mit der Bundesrepublik!). „Die keynesianische Theorie ist aber nie richtig mit der Theorie des internationalen Handels integriert worden.“<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Wynne Godley, Protéger le marché intérieur-seul moyen d'atteindre le plein emploi, in: Henri Bourguinat (Hrsg.). Internationalisation et Autonomie de Décision, Paris 1982, S. 446 ff.

Godley gibt zu, daß eine keynesianische Politik in einem Lande — wie sie Mitterrand bis vor kurzem teilweise versucht hatte — mit einer (ständigen?) Abwertung erfolgreich praktiziert werden könne: immerhin habe Frankreich das ab 1958 erfolgreich betrieben. Aber im Zeichen floatender Wechselkurse funktioniere das heute eben nicht mehr, wengleich (wie man sagen muß) es immerhin für die etwa 40% des britischen Außenhandel innerhalb der EWG funktionieren könnte, wenn die Briten Mitglieder des Europäischen Währungssystems wären und nicht den fragwürdigen Segen des Erdöls erlebten, der den Pfundkurs lange hochhielt. Godley erklärt jedenfalls, im Zeichen der fluktuierenden Wechselkurse sei eine gewollte Abwertung der Währung nicht mehr durchführbar. Am Rande sei bemerkt, daß sie natürlich einen gewissen Ausverkauf bedeutet: Man erhöht zwar die Importpreise damit, muß aber für dieselbe Menge von Importgütern mehr Exportgüter liefern und importiert zudem Inflation, die man bei Wiederbelebung des Binnenmarktes sowieso fürchten muß - und löst Lohnforderungen aus, die beides, Abwertung wie Binnenmarktbelebung, torpedieren können.

Godleys lapidare Schlußfolgerung lautet demgemäß: „Man muß das Verhältnis zwischen Exporten und Importen anheben, wenn dieses Verhältnis niedriger ist, als es der Vollbeschäftigung entspräche. Wenn dies Verhältnis durch eine Importkontrolle angehoben werden kann, dann müssen die Importe kontrolliert werden!“ Und er verteidigt sich gegen den Vorwurf, damit mache man seine Nachbarn zu Bettlern („begger-my-neighbour-policy“) mit dem Argument, wenn man dabei die Importe auf ihrer absoluten Höhe belasse, aber relativ mehr Rohstoffe statt Fertigwaren importiere, so helfe man gerade den armen Ländern und denen, die unter Zahlungsbilanzproblemen litten. Dies Argument ist natürlich fragwürdig, denn erstens sind auch die reichen USA ein Rohstoffexporteur und zweitens werden auch arme Länder getroffen, die wie Indien einige Fertigwaren exportieren — und man kann auch nicht alle „NICS“ als „reich“ ansehen, zumal diese meist ihre Zahlungsbilanzprobleme haben. Aber Godleys „Cambridge School“ zielt auch gar nicht in erster Linie auf Protektionismus gegen Entwicklungsländer, sondern gegen Hochtechnologie-Industrieländer, in Form selektiver Einfuhrkontrollen. Das macht sie so gefährlich und zum Sprengstoff für die EWG, zumal sie nicht nur die Labour-Linke, sondern neuerdings auch den britischen Industrieverband in diesem Sinne beeinflußt.

Lord Kaldor, der eigentliche Doyen der europäischen Neokeynesianer, argumentiert ähnlich im Rahmen seiner Befürwortung einer Reflation: Er geht aus von der Feststellung, daß „britische Waren schlechter sind in Qualität, Aufmachung und anderen Nichtpreiselementen wie Kundendienst nach Verkauf, Verfügbarkeit von Ersatzteilen, Lieferfristen usw. NEDO-Studien

haben gezeigt, daß sich das nicht durch Preiskonzessionen . . . und damit auch nicht durch Abwertung kompensieren läßt. Eine Remobilisierung stillliegender Kapazitäten ist daher nur mit irgendeiner Form von Importkontrolle denkbar. Man wird sagen, daß die Konsumenten mit Protektion schlechter dastehen aber es geht ihnen dafür besser, weil mehr beschäftigt sind und sie mehr verdienen." Er empfiehlt daher eine Einkommenspolitik und eine Importbremsung plus Exportförderung in Form eines gespaltenen Wechselkurses, einer regelrechten Wertsteuer auf Importe, gekoppelt mit Lizenzzwang plus Exportsubventionen.<sup>8</sup>

Für die Ohren von Freihandelsökonomern und der deutschen Öffentlichkeit allgemein ist das zweifellos ein Reizthema — und die Gewerkschaften können das nicht begrüßen, zumal sie keine Entartung einer Einkommenspolitik zur reinen Kontrolle der Löhne und auch keine Reallohnsenkung, die solch eine Importkontrolle praktisch bedeuten würde (bei Heraushaltung billiger Importe) wünschen können. Aber die Deutschen mit ihren wiedergewonnenen Außenüberschüssen haben gut reden — logisch sind diese Argumente führender britischer Keynesianer, die das Gesundschumpfungsprinzip der Margaret Thatcher für sinnlos erklären. Es gibt im Grunde nur eine Antwort auf diese Tendenzen, die letztlich auch ein Herausgehen aus dem Gemeinsamen Markt oder einen Zerfall der EWG bedeuten würden: nämlich die, daß diese sich unter bewußter Beteiligung der Deutschen zu einer gemeinsamen Konjunktur- und Reflationspolitik aufrafft. Kann man das aber ausgerechnet von einer Regierung Kohl/Genscher erwarten, die zwar inbrünstige Bekenntnisse zur EWG, zum marktwirtschaftlichen Freihandel, zur Zusammenarbeit mit Frankreich usw. ablegt, aber in der Praxis deswegen, weil sie noch mehr als die sozialliberale Koalition dem Glauben von der Nützlichkeit der Sparpolitik mitten in der Krise anhängt und außerdem die denkbar größte Investitionsunfreudigkeit mit ihrem Wahlversprechen für März geschaffen hat, in der EWG den Deflationsdrall verkörpert und damit vielleicht ungewollt ihren Auseinanderfall beschleunigt? Nicht umsonst hat ein führender Labour-Ökonom, John Mills, schon vor Jahren gewarnt, in der EWG hänge man sich an ein System an, das von den Deutschen mit Inflationstrauma und daher Deflationsneigung beherrscht und im Gesamtwachstum gelähmt würde - damals unbegründete Ängste, die man aber heute widerlegen muß!

#### Lord Kaldors Konzept von der Wiederbelebung der effektiven Nachfrage

Die „gehobene“ Form der Befürwortung des Protektionismus ist vielleicht die gefährlichste, weil sie letztlich doch zur Drosselung von Welthandel und in-

---

<sup>8</sup> Nicholas Kaldor, *The Scourge of Monetarism*, Oxford 1982, S. 66/68 und 62/63

ternationalem Wachstum führt. Zum Glück bietet aber gerade Lord Kaldor in der gleichen Schrift ein Rezept an, das nicht nur Briten sondern auch Deutsche (bei allen Unterschieden in ihrer Situation — wir brauchen den Importsog ja nicht so zu fürchten) aus der Rezession herausbringen könnte, weil sie die Hauptargumente gegen eine keynesianische Reflation vom Tisch fegt, wie es hier nur kurz skizziert werden kann:

Kaldor analysiert die Einwände gegen eine Ankurbelung der Wirtschaft durch gesteigerte staatliche Kreditaufnahme, indem er eine Erklärung des britischen Finanzministeriums vom Januar 1980 zum Ausgangspunkt nimmt. Diese besagte, man müsse bei hoher Kreditaufnahme entweder bei den Banken borgen, erhöhe damit die Geldmenge und heize die Inflation an, oder man borge auf dem Kapitalmarkt und treibe die Zinsen hoch. Im letzteren Falle verdränge man aber die privaten Unternehmen, die so nicht investieren könnten („Crowding-Out“).<sup>9</sup>

Kaldor weist dann überzeugend nach, daß in den Jahren seit April 1974 folgendes festzustellen ist: Die Geldmenge nahm gerade in den Jahren am wenigsten zu, als der Staat stark bei den Banken borgte, nämlich 1974-77; und die Geldmengenzunahme verdoppelte bzw. veranderthalbte sich (von 8 auf 16 bzw. 12% jährlich) in den Jahren 1977-80, als der Staat ausschließlich auf dem Kapitalmarkt borgte. Die staatliche Kreditaufnahme konnte also nicht für die Inflation verantwortlich sein; es war vielmehr die Bankkreditgewährung an die Privatwirtschaft.<sup>10</sup> Dabei gilt aber für die Rezessionsjahre in diesem Zeitraum das Wort des konservativen deutschen Ökonomen Stützel, daß in Rezessionszeiten dem Staat gar nichts anderes übrig bleibt als die Schuldnerrolle zu spielen, weil das sonst niemand tun will und vor allem die Unternehmen ihre Schulden abbauen und lieber zu Gläubigern werden, durch Bevorzugung des Kaufes von Staatsanleihen statt Investition. Ähnlich wie Kaldor hat Solow, ein führender amerikanischer Neoklassiker, vor kurzem bewiesen, daß Haushaltsdefizite in den USA zur Carterzeit nicht die Ursache der Inflation waren.

Nun ist das Problem der Verantwortlichkeit für die Inflation in deutschen Ohren sekundär. Hier zählt mehr das Argument, staatliche Kreditaufnahme treibe die Zinsen hoch und „verdränge“ die private Investitionstätigkeit. Dagegen sagt Kaldor: Es gibt keinen „Kloß“ begrenzter Finanzierung; Haushaltsdefizite kurbeln die Wirtschaft an, erhöhen die Gewinne (über Steuersenkungen

---

<sup>9</sup> ders., a.a.O., S. 87

<sup>10</sup> ders., a.a.O., S. 92

oder Ausgabensteigerung) und damit die Ersparnisse, womit die Finanzierungsbasis von ihnen selbst geschaffen wird.<sup>11</sup>

Nicht die Inflationserwartung treibe die Zinsen hoch — hier haben Harrod wie Kaldor nachgewiesen, daß Obligationserwerber gar keinen „Inflationsszoll“ bei den Zinsen fordern können, denn sie haben keine Alternative: Legen sie ihr Geld nicht an, sondern halten es in bar, erleiden sie sowieso den vollen Inflationsverlust. Kaldor sieht den Beweis dafür, daß nicht die Inflationserwartung, sondern nur das vom Staat oder der Zentralbank institutionell auferlegte hohe Zinsniveau ein „Crowding-Out“ bewirkt, in der Relation zwischen lang- und kurzfristigen Zinssätzen: „Wenn hohe Kreditaufnahme bei Individuen und Institutionen ‚ständig steigende Zinssätze‘ nach sich ziehen würde, dann hätten wir eine Situation, in der der Sog der langfristigen Sätze nach oben die kurzfristigen Zinsen mitreißen würde“. Das Gegenteil aber sei der Fall. Ähnlich wie führende Politiker in Deutschland - Helmut Schmidt, Wolfgang Roth - sieht also Kaldor die gezielte Zinspolitik der Zentralbank als alleinige Ursache, setzt sich allerdings nicht mit dem Zinssog aus den USA auseinander.

Das Problem des „Crowding-Out“, das von Keynesianern sicher unterschätzt wurde, kann sich eventuell nur in einer Zeit stellen, in der ein Aufschwung bereits läuft und durch plötzliche überscharfe Steigerung staatlicher Kreditaufnahme abgewürgt werden würde. Ein längerfristiges „Crowding-Out“ hat es in Großbritannien allerdings nicht gegeben: Von 1975 bis Anfang 1980 borgte die britische Regierung 37 Mrd. Pfund (= 84% des Defizits) auf dem Kapitalmarkt, aber die Zinsen für „consols“ sanken von 15 auf 12%.

Kaldor trifft sich in seinen Forderungen mit denen des eingangs zitierten australischen Ökonomen Perkins: Er erinnert daran, daß die Steigerung der Staatsschuld durch Haushaltsdefizite in der Wirkung überschätzt wird, weil „die Inflation zwangsläufig Vermögenswerte von Gläubigern auf Schuldner umverteilt und der öffentliche Sektor netto ein Schuldner ist“, womit in Großbritannien trotz Kreditaufnahme die öffentliche Schuld zeitweise real zurückging. Nach Kaldor „werden die Interessen der Rentierklasse durch orthodoxe Finanzpolitik nicht gerade gut bedient“, sondern diese Interessen „sollten darauf abzielen, daß die Steuern im Verhältnis zu den Ausgaben niedrig gehalten werden, um die Erosion im Realwert der Staatsschuld auszugleichen und laufend neue Schulden aufzunehmen“.<sup>12</sup>

Perkins argumentiert zugunsten einer Expansion der effektiven Nachfrage, allerdings weniger durch Konsumförderung und mehr durch Investitions- und

---

<sup>11</sup> ders., a.a.O., S.98ff.

<sup>12</sup> ders., a.a.O., S. 100

Bauförderung. Er meint, gerade Monetaristen, nach deren Meinung zusätzliche Staatsausgaben nur langsam die Beschäftigung steigern könnten, sollten deshalb für deren starke Anhebung in einer Stagflation plädieren sowie für Steuersenkungen, denn weil sie an die hohe Effizienz der Geldpolitik glauben, würde ja nach ihrer Ansicht eventuellen Preissteigerungen mit leichter geldpolitischer Restriktion gut begegnet werden können. Dagegen müßten Keynesianer umgekehrt argumentieren, weil sie an die starke Wirksamkeit geringerer Haushaltsdefizite glauben und daher dämpfende restriktive Geldpolitik befürworten könnten.

Aber Perkins hält außerdem ein tröstendes Wort bereit, das geeignet erscheint, die protektionistischen Folgerungen aus der Argumentation von Godley und Kaldor zu entschärfen: „Die unnötigen Befürchtungen, die in manchen Ländern — vor allem in Großbritannien — in der Richtung bestehen, daß sich übermäßige Steigerungen der Einfuhr ergeben könnten, wenn stimulierende Maßnahmen ergriffen würden, dürften sich wohl aus vergangenen Erfahrungen ergeben, weil damals die Stimulierung üblicherweise überproportional in Formen erfolgte, die die Nachfrage insgesamt anregten, statt gleichzeitig die Produktion anzukurbeln. Wenn der Stimulus in erster Linie in Formen erfolgt, die die Produktionskosten senken (Senkungen der Besteuerung auf Beschäftigung oder der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) würde die Beschäftigungssteigerung, die man damit erwarten darf, (mindestens etwas) zusätzliche Produktion bringen, und der Stimulus würde daher in einer Form erfolgen, die dazu tendiert, die Binnenindustrie wettbewerbsfähiger gegenüber Importen zu machen, so daß die Importe weniger steigen würden.“<sup>13</sup>

Die Hoffnungen auf eine Überwindung der Stagflation und der weltweiten Rezession sowie auf Vermeidung einer Zunahme protektionistischer Tendenzen müssen sich auf solche Vorschläge konzentrieren - auf eine Wiederbelebung neo- und postkeynesianischen Denkens unter stärkerer Einbeziehung der Außenwirtschafts- und Währungsprobleme. Die Alternative lautet: Zusammenbruch des Welthandels und eine langgezogene Stagnation analog der „Großen Depression“ des letzten Quartals des vorigen Jahrhunderts - aber ohne deren Senkung des Weltpreisniveaus. Es sei abschließend daran erinnert, daß in den USA Nobelpreisträger Tobin ähnliche Forderungen nach einer postkeynesianischen Expansionspolitik geltend macht. Die sozialliberale Koalitionsregierung — Friede ihrer Asche! — ist weitgehend daran gescheitert, daß sie solche Stimmen nicht hören mochte.

---

13 J. O. N. Perkins. a.a.O., S. 62